

Bonn, 13. Juni 1952

Sprecher: Adenauer (zeitweise anwesend), Bach, Blank, von Brentano, Cillien, Dichtel, Heck, Johnen (zeitweise), Kaiser (zeitweise), Kather, Kiesinger, Lenz, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Wuermeling, Zimmer.

Bericht Adenauers zur Lage: Verabschiedung des LAG, Koordinierung der CDU/CSU-Politik in Bund und Ländern, Verhältnis zur Opposition und zum DGB, Deutschland- und EVG-Vertrag, Einschätzung der sowjetischen Politik. Aussprache: Innenpolitische Konsequenzen des LAG und der beiden Verträge, Hinzuziehung von Landesvorsitzenden und CSU-Generalsekretär zu Vorstandssitzungen. Tagesordnung des Bundesparteiausschusses am 14. Juni 1952, Stellungnahme zum Pfleiderer-Plan. Arbeit der Bundesgeschäftsstelle, Informationspolitik, Kauf eines Hauses; Finanzen der Partei. Verhältnis zu den NEI. Saarfrage. Stellungnahme der Regierungen von Nordrhein-Westfalen und Bayern zum LAG. Termin und Ort des nächsten Bundesparteitags.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 20.30 Uhr

Adenauer eröffnete die Sitzung um 10.30 Uhr mit dem Hinweis, daß die heutige Sitzung praktisch den Beginn des Bundestagswahlkampfes darstelle. Er wies darauf hin, daß er nur bis 16 Uhr zur Verfügung stehen könne, da er zu diesem Zeitpunkt die Besprechung mit dem DGB festgesetzt habe¹. Anschließend dankte der Bundeskanzler den Abgeordneten Kather und Kunze² für ihre mühevollen Arbeit am Lastenausgleichsgesetz, das nunmehr eine befriedigende Lösung gefunden habe. Leider sei der große Erfolg, den die CDU mit der Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes im Bundestag errungen habe, durch die Haltung von Nordrhein-Westfalen und Bayern im Bundesrat ernstlich gefährdet worden³. Um dies für die

1 Bei dieser Gesprächsrunde am 11. Juni in Düsseldorf und am 13. Juni, an der auch Ministerpräsident Arnold teilnahm, ging es um noch strittige Fragen der Mitbestimmung. Vgl. HÜWEL S. 239.

2 Johannes Kunze (1892–1959), 1925 Verwaltungsdirektor der Bodelschwingschen Anstalten in Bethel, 1945 Mitglied des Kreistags Bielefeld (CDU, Fraktionsvorsitzender), stv. Landrat, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen, 1949–1959 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für den Lastenausgleich).

3 Das Gesetz über den allgemeinen Lastenausgleich war am 16. Mai 1952 mit 209:144 Stimmen bei 11 Enthaltungen vom Bundestag beschlossen worden. Der Bundesrat gab seine Stellungnahme am 28. Mai ab und rief den Vermittlungsausschuß zu insgesamt 41 Punkten des Gesetzentwurfes an. Der Vermittlungsausschuß setzte wegen der außergewöhnlichen Schwierigkeiten am 12. Juni einen Unterausschuß ein, der seine Vorschläge am 4. Juli einreichte. Am 10. Juli stimmte der Bundestag über diese vorgeschlagenen Gesetzesänderungen ab (208:139 Stimmen bei 6 Enthaltungen); der Bundesrat stimmte am 18. Juli mehrheitlich zu. Damit konnte das Gesetz am 14. August ausgefertigt und am 18. August verkündet werden (BGBl I S. 445), in Kraft trat es am 1. September 1952.

Zukunft zu vermeiden, sei es unbedingt notwendig, in wichtigen Fragen eine Koordinierung der Politik auf Bundesebene und auf Landesebene dort, wo die CDU verantwortlich die Regierung trägt, herbeizuführen.

Zur Opposition bemerkte der Kanzler, daß Schumacher und Ollenhauer⁴ sich in einer Weise entwickelt hätten, daß man mit ihnen praktisch nicht mehr verhandeln könne. Die beißende Schärfe, die Arndt⁵ immer wieder zeige, und die Ungezogenheit, mit der Schoettle⁶ einem begegne, finde sich auf der ganzen Linie der SPD. Auch Reuter habe erst vor kurzem die Bundesregierung beleidigt. Man müsse auch darauf hinweisen und diese Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, daß die SPD immer wieder die Verbindung mit der KPD eingehe (vergleiche Bundestagsnachwahl Heilbronn und Neumünster-Bad Segeberg)⁷. Alles in allem, das Verhältnis zur Opposition habe sich in ungewöhnlicher Weise zugespitzt, und man könne aus dieser Feststellung nur die Konsequenz ziehen, daß wir aus der Defensive in die Offensive gegenüber der SPD treten müßten.

Zu der durch die jüngste Aktion des DGB heraufbeschworenen Situation bemerkte der Kanzler folgendes:

Fette⁸ habe eine scharfe Opposition zu bestehen, die aus den Kreisen um Freitag⁹ käme. Er sei nicht so standfest gegen den radikalen Druck wie Böck-

-
- 4 Erich Ollenhauer (1901–1963), 1949–1963 MdB (SPD), 1952–1963 Partei- und Fraktionsvorsitzender. Vgl. Brigitte SEEBACHER-BRANDT: Ollenhauer. Biedermann und Patriot. Berlin 1984; KLOTZBACH.
 - 5 Dr. Adolf Arndt (1904–1974), 1949–1969 MdB (bis 1963 Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1956–1964 Mitglied des Parteivorstands, 1963–1964 Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin. Vgl. Horst EHMKE/Carlo SCHMID/Hans SCHORAUN (Hrsg.): Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag. Frankfurt 1969.
 - 6 Erwin Schoettle (1899–1976), 1919 SPD, bis 1929 sozialistische Jugendbewegung, bis 1933 im Landesvorstand der SPD in Württemberg, 1933 und 1946–1947 MdL Württemberg, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (Fraktionsvorsitzender), 1947–1962 und 1968 Vorsitzender der SPD Württemberg, 1949–1972 MdB.
 - 7 Die Nachwahl vom 4. Mai 1952 in Segeberg-Neumünster ergab: 35,0 % CDU, 31,9 % SPD, 22,1 % BHE, 10,5 % SRP. Die KPD hatte auf eine Wahlbeteiligung zugunsten der SPD verzichtet (UiD vom 7. Mai, 10. Mai 1952). – Die Nachwahl in Heilbronn vom 30. März 1952 hatte folgendes Ergebnis bei einer Wahlbeteiligung von 51,78 %: SPD 25.255 Stimmen (35,99 %), DVP/FDP 42.326 (60,32 %), KPD 2.588 (3,68 %). Die CDU hatte auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet. Gewählt wurde für den am 31. Januar 1952 verstorbenen Georg Kohl (DVP/FDP) Adolf Mauk (Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv).
 - 8 Christian Fette (1895–1971), bis 1933 Gauvorsteher des Verbandes der Deutschen Buchdrucker für Rheinland-Westfalen, 1946–1952 Vorsitzender des Industrieverbandes Druck und Graphik in Nordrhein-Westfalen, 1948 Vorsitzender der IG Druck und Papier, 1951–1952 Vorsitzender des DGB. Vgl. Gerhard BEIER: Schulter an Schulter, Schritt für Schritt. Köln 1983 S. 53–58.
 - 9 Walter Freitag (1889–1958), 1920–1933 Leiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes des Bezirks Hagen, 1932 MdPrL (SPD), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1946–1952 Vorsitzender der IG Metall, 1949–1953 MdB, 1952–1956 Vorsitzender des DGB.

ler¹⁰. Wahrscheinlich müsse er immer wieder Proben seines radikalen Mutes geben, um sich halten zu können. Daher die Maßnahmen, mit denen das Parlament unter Druck gesetzt werden soll. Diese Maßnahmen würden im Grunde nicht dem Betriebsverfassungsgesetz, sondern dem Deutschlandvertrag und dem Vertrag über die EVG gelten; es handle sich also um einen rein politischen Streik¹¹. Hier offenbarten sich verstärkt kommunistische Tendenzen. Man könne jedoch feststellen, daß die Reaktion der öffentlichen Meinung die Position der besonnenen Elemente in der Gewerkschaft gestärkt habe.

Er selbst habe Verhandlungen abgelehnt, solange durch die Maßnahmen der Gewerkschaften das Parlament unter Druck gesetzt sei. Ministerpräsident Arnold habe sich große Verdienste erworben dadurch, daß es ihm gelungen sei, diesen Druck zu beseitigen. Zunächst seien wir verpflichtet, das, was der DGB erklärt habe, als ernstlich erklärt anzunehmen. Er glaube, daß es praktisch darum gehe, daß die Betriebsräte in die Hand der Gewerkschaftsfunktionäre kämen. Einige Betriebe hätten das Abkommen, nach dem die Gewerkschaftsbeiträge durch Lohnabzug einbehalten werden, gekündigt. Er betrachte dies als eine sehr heilsame Maßnahme.

Wir müßten uns darüber im klaren sein, daß, wenn Fette nicht zum DGB-Vorsitzenden gewählt würde, wahrscheinlich die radikal-parteilich-sozialistische Richtung zum Zuge käme. Es sei unbedingt notwendig, daß wir, wo immer es gehe, die konfessionellen Arbeitervereine zu kräftigen suchten. Es zeige sich immer deutlicher, daß die Schulungsarbeiten des DGB in rein materialistischer Richtung erfolgten. Dagegen könne nur über die konfessionellen Arbeitervereine ein Gegengewicht geschaffen werden.

Zur Außenpolitik machte der Kanzler folgende Ausführungen: Bei der Betrachtung der nunmehr unterzeichneten Verträge dürfe man nicht außer acht lassen, daß die Westalliierten in verschiedenen Fragen sehr verschiedener Meinung gewesen

10 Hans Böckler (1875–1951), 1894 SPD und Deutscher Metallarbeiter-Verband (1910 Bezirksleiter für Schlesien, 1920 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Köln), 1920–1933 MdR, 1945 Organisator des Wiederaufbaus der Gewerkschaften im DGB, 1947 Vorsitzender des DGB in der britischen Zone, 1949 in der Bundesrepublik, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen. Vgl. Christian WINTHER in DEMOKRATEN S. 44–66; zum Verhältnis zwischen Böckler und Adenauer vgl. Alfred ROSENBERG: Adenauer und die Gewerkschaften, in KONRAD ADENAUER 1 S. 255–259.

11 Der DGB hatte bereits im Mai mit bundesweiten Streikaktionen gedroht, wenn der von der Regierung ausgearbeitete Betriebsverfassungsgesetzesentwurf, der eine echte Mitbestimmung der Arbeitnehmer verhindere und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu untergraben suche, nicht geändert würde (vgl. AdG 1952 S. 3473). – Das Betriebsverfassungsgesetz wurde am 19. Juli 1952 durch den Bundestag verabschiedet (BUCHHAAS: Gesetzgebung S. 178–288). – Am 26. Mai 1952 Unterzeichnung des Generalvertrags (Deutschlandvertrag) und der Zusatzverträge in Bonn (AdG 1952 S. 3485–3491), am 27. Mai 1952 des Vertrags zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Paris (EBD. S. 3492–3495).

seien, da sie nicht nur als Hohe Kommissare, sondern auch als Vertreter ihrer Regierung verhandelt hätten. Deswegen seien die Verhandlungen auch ungewöhnlich zeitraubend gewesen. Man habe aus praktischen Gründen auf drei Ebenen verhandelt. Auf der ersten Ebene hätten die Fachleute und Experten das Wort gehabt, auf der mittleren Ebene hätte man versucht, im allgemeinen politisch eine Einigung zu erzielen, und auf der obersten Ebene seien dann die Schwierigkeiten besprochen worden, die auf der mittleren Ebene nicht hätten bereinigt werden können.

Er müsse auch ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Verhandlungen nicht auf dem Petersberg stattgefunden hätten. Er selbst sei bei den Verhandlungen völlig frei gewesen, und das sei der entscheidende Gegensatz zu Versailles.

Nach der Kapitulation 1945 hätten zunächst die vier Mächte sämtliche Regierungsbefugnisse übernommen. Dann sei es zu Differenzen zwischen Sowjetrußland und den drei Westalliierten gekommen und als Folge davon die Zweiteilung und für uns im Westen eine Dreimächterregierung. 1945 hätten lediglich die Gemeindeverwaltungen noch einigermaßen funktioniert. Die siebenjährige Regierungstätigkeit der Besatzungsmächte könne nun heute nicht einfach abgeschnitten werden, um völlig neu anzufangen. Man hätte einen Übergang finden müssen. Des weiteren könne auch heute der Bruch mit Sowjetrußland nicht einfach eklatant vollzogen werden. Hier würden die Gründe liegen für die drei Vorbehalte, die die Westalliierten in den beiden Vertragswerken gemacht hätten (Einschränkung der Souveränität der Bundesrepublik bezüglich Berlin, bezüglich der gesamtdeutschen Fragen, bezüglich der Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Boden). Er müsse jedoch darauf hinweisen, daß diese Vorbehalte weitgehend im deutschen Interesse lägen. Es sei deswegen auch in dem Vertrag festgehalten, daß diese Vorbehalte nicht ausdrücklich als zu Recht bestehend anerkannt würden, daß sie zur Kenntnis genommen würden und daß man nichts dagegen mache und die Alliierten bei der Durchführung ihrer Aufgaben unterstütze.

Der Kanzler gab dann eine kurze Inhaltsübersicht über die Verträge, um deutlich zu machen, welch ungeheure Materie bearbeitet werden mußte. Nach der Ratifizierung der Verträge folge die Arbeit, die Verträge zu realisieren. Er selbst wisse genau, daß zur Kritik reichlich Stoff vorhanden sei. Es sei selbstverständlich, daß dort, wo zwischen mehreren Teilnehmern eine Verständigung erzielt werden solle, man zu Konzessionen bereit sein müsse. Wichtig und entscheidend seien die leitenden Grundsätze und das politische Ziel der Verträge.

Nachdem im Südweststaat eine SPD-Mehrheit die Regierungspolitik bestimme, komme der Frage, ob die Verträge Zustimmungsgesetze seien oder nicht, große Bedeutung zu.¹² Es sei geradezu ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß die Ent-

¹² Wahlergebnis vom 9. März 1952: CDU 35,9 % (50 Sitze), SPD 28,0 % (38), FDP/DVP 18,0 % (23), BHE 6,2 % (6). Unter Reinhold Maier kam es zur Koalition von SPD, FDP/DVP und BHE. Maier hatte zwar der SPD zugesichert, die EVG-Verträge im Bundesrat

scheidung über Verträge von so weittragender Bedeutung unter dem Gesichtspunkt gefällt würde, ob Landesbehörden vom Bund errichtet werden können oder nicht. Der Rechtsausschuß des Bundesrates stehe nicht auf dem Standpunkt der Regierung. Nach Artikel 24 des Grundgesetzes könne der Bund sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen. Im Parlamentarischen Rat sei bei der Beratung des Artikels gerade durch den Sprecher der SPD eindeutig zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Einordnung so leicht wie möglich gemacht werde und daher im Wege der einfachen Gesetzgebung ermöglicht werden müsse. Jetzt nehme die SPD urplötzlich eine andere Haltung ein.¹³ Der Bundesrat habe im ersten Durchgang gar keine Äußerungen abgegeben. Im Bundestag wünsche die SPD eine möglichst lange Diskussion, um über der Kritik an Einzelheiten die Gesamtkonzeption der Verträge zu zerreden. Sie wünschte und hoffe, daraus für die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen¹⁴ den notwendigen Agitationsstoff zu bekommen. Vom Ältestenrat sei erwogen worden, die Parlamentsferien hinauszuschieben, um die Verträge noch vorher zu verabschieden. Es sei kein Zweifel, daß die Stimmabgabe der SPD schon jetzt feststehe. Man dürfe jedoch die Ratifizierung der Verträge nicht so beschleunigen wollen, daß daraus der SPD ein Agitationsvorwand erwachse. Die Entscheidung liege beim Bundestag. Eine Verschiebung der Ratifizierung auf September könne sehr unliebsame Wirkungen auf die Politik der übrigen Mächte haben. Gewisse Kreise in Frankreich seien auch bereit, eine Viermächte-Konferenz ohne Tagesordnung zu bejahen. Das Ergebnis davon wären lange Verhandlungen, die zur Folge hätten, daß die Ratifizierung der Verträge in der Schwebe bliebe. Die Zeit würde dann zweifellos ausschließlich für Sowjetrußland arbeiten. Wichtig sei, daß im Bundestag schon jetzt, Anfang Juli, eine entschiedene Haltung zum Ausdruck komme.

Der Deutschlandvertrag sei lediglich eine Etappe auf dem Wege zum endgültigen Ziel. Man dürfe den Status, der damit erreicht sei, nicht als einen Dauerzustand ansehen, der endgültige Verhältnisse schaffe. Das käme ja schon deutlich in der Revisionsklausel zum Ausdruck. Nach Verständigung mit Sowjetrußland sei eine grundsätzliche Revision notwendig. Im übrigen dürfe man den Deutschlandvertrag nur im Zusammenhang mit dem EVG-Vertrag sehen, der viel größere Bedeutung habe und die große Politik der Zukunft mitbestimmen werde. Man solle sich auch nicht täuschen, die Sowjets würden die Deutsche Demokratische Republik nicht freigeben, bevor nicht die Situation sich so geändert habe, daß gleichzeitig das Problem der osteuropäischen Staaten mitbehandelt werden müsse. Eine Änderung in dem politischen Verhalten der Sowjets in der Deutschen Demokratischen Repu-

abzulehnen, ließ sie aber auf Druck seiner Parteifreunde im Bund doch passieren. Vgl. dazu ADAM: CDU in Landesversammlung und Landtag, in CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG S. 258ff.

13 Zur Haltung der SPD vgl. LÖWKE S. 48–61.

14 Die Kommunalwahlen in beiden Ländern fanden am 9. November 1952 statt.

blik müsse notwendig starke Rückwirkungen auf die Satellitenstaaten haben. Er erinnere nur an die Verhältnisse in Polen, wo ziemlich sicher feststehe, daß über 70 % der Bevölkerung das bolschewistische System ablehnen. Sowjetrußland müsse deshalb diese Frage in ihrer Gesamtheit betrachten und könne sie auch nicht anders behandeln. Das Ziel Sowjetrußlands sei die Neutralisierung Deutschlands, um auf diesem Wege ihre Herrschaft über ganz Europa auszudehnen. Der größte Gegner Sowjetrußlands seien die Vereinigten Staaten, denen Sowjetrußland auch heute schon militärisch nicht gewachsen sei. Wenn Deutschland in den Satellitenbereich Sowjetrußlands einbezogen sei, könne die Frage der Integration Europas als erledigt betrachtet werden. Dann werde Sowjetrußland Europa beherrschen und sei dann allerdings ein vollwertiger Gegner der Vereinigten Staaten. Dieses Ziel komme in der Sowjetnote voll zum Ausdruck¹⁵. Sobald Sowjetrußland erkannt habe, daß dieses Ziel so nicht erreicht werden könne, müsse es sich mit der neuen Lage befassen und sich schließlich auch zu Verhandlungen bereit erklären. Sowjetrußland könne auf die Dauer seine ganze Menschen- und Finanzkraft nicht ausschließlich für die Rüstung einsetzen, da die übrigen Aufgaben in Sowjetrußland immer dringlicher würden. Der Zeitpunkt für eine Revision seiner Außenpolitik dürfte für Sowjetrußland dann zwingend gegeben sein, wenn es sehe, daß der Weg über die Bedrohung und den Kalten Krieg nicht zum Ziele führe und die Investition von Menschen- und Kapitalkraft ausschließlich für Rüstung nicht mehr möglich sei.

Als wesentlichen Erfolg der beiden Verträge bezeichnete der Kanzler die Tatsache, daß wir nicht mehr Objekt der Politik seien. Deutschland sei nunmehr an der strategischen Planung mitbeteiligt. Das militärisch-fachliche Urteil von Heusinger¹⁶ und Speidel¹⁷ sei bei der strategischen Konzeption bereits stark beachtet worden, einer Konzeption, die heute davon bestimmt sei, den Feind zu zwingen, nicht bei uns einzubrechen, während früher die Verteidigung jenseits des Rheines vorgesehen gewesen sei. Häufig werde der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die Amerikaner, wenn die Rüstung einmal stehe, sich zu einem Angriffskrieg präventiver Art hinreißen ließen; dem stünden jedoch Erklärungen Eisenhowers und Trumans gegenüber.

15 Anspielung auf die sog. „Stalin-Note“ vom 10. März 1952 (Wortlaut in AdG S. 3387) und den darauffolgenden Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. Vgl. GRAML; WETTIG; STEININGER.

16 Adolf Heusinger (1897–1982), 1921–1945 Offizier (seit 1940 Chef der Operationsabteilung des Heeres), 1950 militärischer Berater Adenauers, 1952 Leiter der Militärabteilung der Dienststelle Blank, 1955 Vorsitzender des militärischen Führungsrates im Bundesverteidigungsministerium, 1957 Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte, 1957–1961 Generalinspekteur der Bundeswehr, 1961–1964 Vorsitzender des NATO Military Committee in Permanent Session in Washington.

17 Dr. Hans Speidel (1897–1984), Chefdelegierter bei der Konferenz zur Bildung der EVG, 1955–1957 Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte im Bundesverteidigungsministerium, 1957–1963 Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa, 1963–1964 Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Verteidigungsfragen (Erinnerungen: Aus unserer Zeit. 3. Aufl. Berlin/Frankfurt/Wien 1977).

Die Ernennung Kennans¹⁸ zum Botschafter in Moskau sei ein deutlicher Beweis dafür, daß das Ziel der Amerikaner Verständigung mit Sowjetrußland sei. Er selbst habe mit Kennan eine Aussprache unter vier Augen gehabt, und dabei habe sich ergeben, daß die Anschauungen Kennans mit seinen persönlichen vollkommen übereinstimmen.

Man dürfe auch nicht übersehen, daß, falls in dieser Haltung jemals eine Änderung eintreten sollte, die Bundesrepublik, wenn sie einmal in ein, zwei, drei oder vier Jahren 12, 24 oder 36 Divisionen stelle, die Möglichkeit habe, evtl. gegen solche Tendenzen einwirken zu können.

Er wisse, daß die Truppenverträge lästig seien. Sie seien jedoch nicht zu umgehen gewesen, und es sei ja auch nach zwei Jahren eine Revision vorgesehen.

Bei den Verhandlungen um den Finanzbeitrag der Bundesrepublik habe sich Minister Schäffer durch seine Hartnäckigkeit große Verdienste erworben.¹⁹

Im übrigen müsse man sich doch sehr genau überlegen, was einträte, wenn wir diesen Schritt nicht tun würden. Wir hätten lediglich die Wahl, die fremden Truppen zu verstärken, d.h. wir müßten weiterhin zahlen, hätten aber nichts zu sagen; oder das auch noch abzulehnen und dann in Kauf zu nehmen, daß wir ein ungedecktes Land seien, das notwendig in der Auseinandersetzung Kriegsschauplatz werden müßte. Bei der Unterzeichnung des EVG-Vertrages in Paris sei ihm deutlich demonstriert worden, welches Maß an Sicherheit die Bundesregierung durch den Abschluß der Verträge erreichen werde. Neben den Vertretern der Staaten, die den Vertrag über die EVG abgeschlossen hätten, seien sämtliche Vertreter der NATO-Länder anwesend gewesen. Wir seien nach Ratifizierung der Verträge eingebettet in die ganze überwältigende Kraft des westlichen Sicherheitssystems. Was das bedeute, werde einem erst klar, wenn man sich überlege, daß im Brüsseler Pakt Deutschland noch als möglicher Feind behandelt worden sei²⁰. Heute komme zu dem EVG-Vertrag und zu der Sicherheit, die er biete, noch der Bündnis-Vertrag mit England. Er erinnere sich sehr deutlich an die Geschichte von 1900 bis 1914. In diesen Jahren sei es England nicht gelungen, zu einem Bündnis mit uns zu kommen, und die Folge sei der Krieg 1914/18 gewesen. Deutschland habe über 100 Jahre isoliert dagestan-

18 George Frost Kennan (geb. 1904), amerikanischer Politiker und Historiker; 1947–1949 Chef eines außenpolitischen Planungsstabes, 1949–1950 Leiter der Planungsabteilung im amerikanischen Außenministerium, 1950 politischer Berater der Regierung in Ostfragen, 1952 Botschafter in Moskau, 1961–1963 in Belgrad. – Kennan war für die „Eindämmungstheorie“ während der Truman-Regierung verantwortlich, wandte sich jedoch später davon ab (vgl. Memoiren eines Diplomaten. 5. Aufl. Stuttgart 1969; Memoiren 1950–1963. Frankfurt 1973).

19 Zum Finanzabkommen zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten vgl. Die Vertragswerke von Bonn und Paris vom Mai 1952. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs Bd. 10. Frankfurt 1952.

20 Im Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948 zwischen Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg werden für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik Schritte vorgesehen (Wortlaut in AdG 1948/49 S. 1422).

den; denn auch der Dreibundvertrag²¹ hätte uns keine Einbettung in das System der Großmächte gebracht. Italien habe auch im Dreibundvertrag den Vorbehalt gemacht, daß England nicht auf der anderen Seite stehen dürfe.

Wir übernähmen zweifellos mit der Ratifizierung der Vertragswerke eine ungeheure Verantwortung. Wer sich weigere, diese Verantwortung zu übernehmen, entschieße sich eo ipso für den Untergang der Partei. Man müsse sich die große Entscheidung vor Augen halten, um zu verstehen, daß hier nur eine Bejahung aus vollem Herzen in Frage käme.

In der Aussprache wies *Lenz* darauf hin, daß sich die öffentliche Meinung seit 1951 erheblich zugunsten der Regierungspolitik und der Partei gewandelt habe. Es herrsche jedoch immer noch erschreckende Unkenntnis über die Verwendung der Steuergelder. In weiten Kreisen der Bevölkerung sei man immer noch der Auffassung, daß das meiste Geld für Besatzungskosten und Ministergehälter ausgegeben werde. Die öffentliche Meinung gegenüber dem Parlament sei im allgemeinen noch recht negativ. Nur 36 % wisse etwas von seinem Abgeordneten und nur 30 % etwas von dessen Tätigkeit.

Simpfendorfer wies darauf hin, daß hier wichtige Hinweise für die Partei gegeben seien, wie die Wähler angesprochen werden müßten. Er sei der Auffassung, wir müßten die Politik, die in den beiden Verträgen zum Abschluß komme, propagandistisch an das Volk herantragen. Ausgezeichnet habe das Interview des Kanzlers mit Friedlaender gewirkt.²²

Dichtel dankte dem Kanzler für seine Ausführungen und stellte folgende Fragen: 1. Wird die Regierung den Bundestag auch dann nicht auflösen, wenn die Ratifizierung der Verträge scheitern sollte? 2. Wann beginnen wir mit der Aufstellung der Truppen? Erfolgt sie auf der freiwilligen Basis oder auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht? Im Südwesten sei seit der Verteidigungsdebatte eine wesentlich positivere Haltung zur EVG festzustellen. Er machte jedoch darauf aufmerksam, daß die Einziehung der ersten Rekruten nicht unmittelbar mit dem Termin der Bundeswahl zusammenfallen dürfe. 3. Wird die Bundesregierung Schritte unternehmen, um bei dem Überleitungsgesetz die Frage der Verfassungswidrigkeit aufzuwerfen?

21 Vertrag zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien vom 20. Mai 1882.

22 Vgl. Rundfunkinterview (NWDR) mit Ernst Friedlaender vom 24. April 1952, abgedruckt in BULLETIN Nr. 47 vom 26. April 1952 S. 487f.; vgl. auch Interview vom 5. März 1952 (Wehrbeitrag – ein Friedensbeitrag. Deutschland muß entweder in Europa aufgehen oder ohne Europa untergehen), abgedruckt in BULLETIN Nr. 27 vom 6. März 1952 S. 261 ff. – Ernst Friedlaender (1895–1973), 1946–1950 Redakteur und stv. Chefredakteur „Die Zeit“, danach freier Publizist und Rundfunkkommentator, Ehrenpräsident der Europa-Union Deutschland. Vgl. biographische Skizze in: Ernst Friedlaender, Klärung für Deutschland. Leitartikel in der „Zeit“ 1946–1950. Hrsg. von Norbert FREI, Franziska FRIEDLAENDER. München/Wien 1982 S. 7–33.

Adenauer antwortete wie folgt: Zu 1: Wenn der Bundesrat seine Zustimmung zu den Verträgen verweigere, so hätte es keinen Sinn, deswegen den Bundestag aufzulösen, da eine Neuwahl des Bundestages an den politischen Verhältnissen des Bundesrates nichts ändere. Die Bundestagswahlen 1953 seien die entscheidenden Wahlen. Sie brauchten deshalb sorgsamste Vorbereitung. Wenn wir diese Wahl nicht gewannen, komme ohne Zweifel der Sozialismus und der Materialismus. Wir müßten deswegen jeden Tag für die Vorbereitung ausnutzen und würden deswegen auch den Auftrag, den uns das Volk für vier Jahre erteilt habe, vier Jahre ausüben.

Zu 2 werde am besten Herr Blank antworten.

Zu 3: Südbaden habe eine Klage ausgearbeitet, die sehr gut sei. Er bitte jedoch darum, die Klage noch aufs Eis zu legen, da z.Z. der Bundespräsident sich bemühe, Herrn Ministerpräsident Maier und ihn, den Bundeskanzler, zu einem Gespräch zusammenzuführen, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Man müsse deswegen doch zweckmäßigerweise dieses Zusammentreffen abwarten.

Zu 2 führte *Blank* aus, daß es aus technischen Gründen frühestens zwölf Monate nach Inkrafttreten der Verträge möglich sei, Rekruten einzuziehen, also frühestens nach der Bundestagswahl. Im übrigen sei es aus technischen Gründen notwendig, länger dienende Freiwillige einzuberufen.

Kather unterstrich die Ausführungen des Kanzlers den Lastenausgleich betreffend und wies darauf hin, daß durch die Haltung des Bundesrates der Erfolg, der durch die Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes errungen worden sei, in Frage gestellt werde. Die Situation im Vermittlungsausschuß sei sehr schwierig. Bei Verschlechterung des Gesetzes sei die Zustimmung der Flüchtlingsvertreter zu dem Gesetz nicht mehr möglich. Der Bundesrat habe die positiven Auswirkungen für die Wirtschaft der Länder nicht berücksichtigt. Durch die Haltung der Länder Nordrhein-Westfalens und Bayerns sei eine Vertrauenskrise entstanden. Man müsse auf Bayern und Nordrhein-Westfalen einwirken, dann könne ein Stimmenverhältnis von 10:10 im Vermittlungsausschuß erzielt werden, vor allem, da Berlin im Vermittlungsausschuß stimmberechtigt sei.

Die Verantwortung liege bei den Ländern, in denen der BHE in der Koalition sitze. Er selbst befände sich dauernd unter Beschuß durch den BHE. Der BHE sage im Bundesrat „Ja“ und propagandistisch „Nein“. Für den BHE entstehe die Frage, die Koalition im Südwesten und in Niedersachsen²³ zu sprengen, falls diese Länder bei ihrer ablehnenden Haltung verharren. Man müßte dies von den Ministern des BHE eindeutig verlangen. Er bitte dringend darum, daß vom Parteivorstand ein deutliches Wort an die CSU und an die CDU von Nordrhein-Westfalen gerichtet werde. Wichtig sei, daß die Ausführung des Gesetzes so erfolge, daß der Nutzeffekt sichergestellt werde. Bis Herbst 1953 müßte man etwas sehen. Dies sei durchaus

23 Koalition in Niedersachsen seit der Landtagswahl am 6. Mai 1951: SPD 33,7 %, GB/BHE 14,9 %, Zentrum (bis 1. Dezember 1953) 3,3 %. Ministerpräsident war Hinrich Wilhelm Kopf (SPD).

möglich durch ein rasch anlaufendes Siedlungsprogramm für Bauern, das vorsehe, bis Herbst 1953 100 Siedlungen zu errichten.

Es würde häufig die Ansicht vertreten, daß die Heimatvertriebenen doch BHE wählen würden. Das stimme nicht, man sehe es ja in Schleswig-Holstein und Niedersachsen²⁴. Man könne im allgemeinen sagen, daß der BHE nicht mehr als 50 % der Heimatvertriebenen als Wähler habe.

Von Brentano unterstrich die Ausführungen von Herrn Kather und wies darauf hin, daß Nordrhein-Westfalen und Bayern eine unverantwortliche Haltung eingenommen hätten.

Adenauer bat darum, Herrn Johnen, der für den Nachmittag erwartet werde, eindeutig darauf hinzuweisen.

Simpfendorfer wies darauf hin, daß das Betriebsverfassungsgesetz für Herrn Ministerpräsident Maier wohl die empfindlichste Materie sei. Leider sei dieses Gesetz kein Zustimmungsgesetz.

Strickrodt glaubt, daß durch gute propagandistische Behandlung der Verträge noch sehr viel gewonnen werden könne. Man müsse die Gesamtkonzeption herausstellen und sich nicht so sehr mit Einzelheiten befassen. Es ergebe sich die Frage, wie die Größe und die Bedeutung der Verträge ins öffentliche Bewußtsein gehoben werden könnten. Er empfehle wiederum dringend eine große Parlamentsdebatte. Eine Umfrage habe ergeben, daß 58 % der Bevölkerung die Bundestagsdebatte über den Verteidigungsbeitrag für gut befunden hätten.

Adenauer stellte die Frage, ob die Propaganda nach oder vor der Debatte einsetzen solle. Sicher sei, daß der ersten Debatte eine große Bedeutung zukomme; man müsse sie so sorgfältig vorbereiten wie die Verteidigungsdebatte.

Bach bezeichnete die Politik der Regierung als gut, ist jedoch der Auffassung, daß wir sie nicht mehr erfolgreich vertreten. Er meint, das Zusammenspiel von Regierung und Partei funktioniere nicht. Manche Dinge, die der Kanzler als Kanzler nicht sagen könne, müßten von Parteiseite gesagt werden. Die Frage der Propaganda sei im westfälischen Vorstand eingehend besprochen worden. Man plane eine Großkundgebung in der Westfalenhalle in Dortmund, wo der Kanzler und Herr Blank sprechen sollten.

Adenauer wies darauf hin, daß die Propaganda auch als Nicht-Parteipropaganda laufen müsse. Es fehle hierzu jedoch häufig an Geld. Schäffer habe die Absicht, den Etat für das Presse- und Informationsamt auf DM 700.000,- zu kürzen.

Cillien bat darum, daß auch bekanntgemacht werden müsse, wenn der Kanzler spräche.

Adenauer gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Präsident des Bundestages dies-

24 Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 1950 erreichte der BHE 23,4 % der Stimmen, bei der Kreistagswahl 1951 noch 18,4 % bei einem Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen von 32,3 % bzw. 31,1 %; bei der Landtagswahl 1951 in Niedersachsen betrug das Verhältnis 14,9 % zu 26,8 % Bevölkerungsanteil. Vgl. NEUMANN S. 505-507.

mal dafür sorgen werde, daß bei den Debatten im Bundestag, bei denen es um die beiden Verträge gehe, die unerträglichen Unterbrechungen verhindert würden.

Tillmanns hielt es für außerordentlich wichtig, daß unsere eigenen Mitarbeiter genau informiert werden. Zu diesem Zweck müßten Instruktionsabende über Deutschlandvertrag und EVG-Vertrag bis in die letzte Untergliederung der Partei hinein gehalten werden. Wertvolle Hilfe könne hier auch das „Bulletin“ und die „UiD“ liefern. Politische Kundgebungen sollten jedoch erst zwischen der ersten und zweiten Lesung angesetzt werden. Zwei Einwänden müsse dabei begegnet werden. Erstens, daß durch die Ratifizierung der Verträge der Eiserner Vorhang völlig dicht werde, und zweitens, daß die Verträge einen Präventivkrieg Sowjetrußlands auslösen würden. Des weiteren spielt auch die Finanzierungsfrage eine große Rolle.

Bei der Frage „neue Verhandlungen mit den Russen“ müsse die Bundesregierung sich sorgsam hüten, eine Stellungnahme gegen diese Gespräche bekanntzugeben. Der Eindruck, „die Bundesregierung hemmt“, müsse unter allen Umständen vermieden werden.

Adenauer richtet an Dr. *Tillmanns* die Frage, ob er den drei Mächten sagen solle, daß wir auch bereit seien, ohne Tagesordnung zu verhandeln?

Tillmanns antwortete, daß die drei Mächte nicht hinter ihren bereits feststehenden Standpunkt zurückzugehen brauchten. Die Bundesregierung solle lediglich zurückhaltend sein.

Adenauer sagte, daß er für jede Viererkonferenz sei, die irgendeine Aussicht auf Erfolg habe. Im übrigen könne er, bevor er von den Westmächten nicht konsultiert werde, ohnedies nichts sagen.

Tillmanns erklärte weiter, daß es für die Propaganda wichtig sei, darauf hinzuweisen, daß ein Zusammentritt der vier Großmächte ohne Tagesordnung praktisch eine Torpedierung alles dessen darstelle, was bisher getan worden sei.

Lenz wies darauf hin, daß die Propaganda auf verschiedenen Ebenen geführt werden müsse. Bei der derzeitigen Ablehnung eines großen Teils der Bevölkerung gegen die politischen Parteien komme der Propaganda im politischen Vorfeld besondere Bedeutung zu. Er müsse einmal deutlich sagen, daß die Finanzierung von seiten der Wirtschaft vollkommen versage; deswegen seien seine Möglichkeiten sehr beschränkt. Im übrigen könne man sagen, daß der Frankfurter Sender, der Süddeutsche Rundfunk und der NWDR eindeutig die SPD-Richtung verträten; nur mit dem Südwestfunk und dem Bayerischen Rundfunk könne man zufriedenstellend arbeiten.

Zur propagandistischen Aufklärung für Deutschlandvertrag und Beitrag zur EVG seien folgende Dinge vorbereitet: 1. Eine Broschüre für den Massengebrauch von Kossatz²⁵, 2. Sondertext für Anspruchsvolle, 3. Broschüre für die außenpoliti-

²⁵ Hans Ewald Kossatz (geb. 1901), Pressezeichner und Karikaturist; Veröffentl. u.a.: *Offen gestanden* – so war das mit mir – *Illustrierte Beichte* (1969); *So ein Dackel!* Stuttgart 1972.

sche Situation 1952, 4. Broschüre für Frauen, 5. Broschüre in Schlagworten, 6. Rednermaterial, 7. entsprechende Behandlung im „Bulletin“.

Großer Wert müsse auf die Versammlungstätigkeit gelegt werden. Wichtig seien vor allem auch Versammlungen mit nur 20–30 Leuten, da erfahrungsgemäß hier tiefere Wirkung erzielt werde. An diese Arbeit könne die Arbeit der Partei anknüpfen.

Adenauer unterstrich die Tatsache, daß die Organisation bei der Industrie, die für die Finanzierung aufkommen soll, mangelhaft sei. Er betonte weiter, daß unsere Propaganda unter das Wort „Rettung des Friedens“ gestellt werden müsse.

Kiesinger berichtete kurz über die Propagandaarbeit der Partei und wies dabei auf die Schwierigkeiten im Rundfunk und bei der Presse hin. Vorbereitet würde zur Erfassung der CDU-Journalisten eine Pressekartei, die Unterlage für regelmäßige Pressekonferenzen sein solle. Daneben seien Pressetees mit führenden Journalisten von der neutralen Presse vorgesehen²⁶. Besondere Bedeutung komme einer guten Rednerschulung zu.

Zimmer vertrat die Auffassung, daß die Arbeitsgemeinschaft zwischen CDU und CSU praktisch enger gestaltet werden müsse – vor allen Dingen auch auf Parteiebene. Es fehle eine einheitliche Willensbildung im Bundesrat. Im übrigen hätten die Ländervertretungen in Bonn einen großen Einfluß in der Vorbereitung der Sitzungen. Auch wünsche er, daß der Vorsitzende des Vermittlungsausschusses, Herr Kiesinger, etwas härter die Verhandlungen führe.

Adenauer bejahte die Ausführungen von Minister Zimmer. Die Partei in Westfalen sei bereit, die Politik der Bundesregierung zu stützen. Doch hapere es in Nordrhein. Die Verhältnisse bei der CSU seien sehr schwierig. Hier müßte der geschäftsführende Vorstand eingreifen. Die Einflußnahme auf die CDU-Regierungen für ihre Entscheidungen im Bundesrat müsse auf dem Wege über die Landesparteien erfolgen. Die mangelnde Parteidisziplin habe nun schon öfters sehr heikle Situationen heraufbeschworen.

Tillmanns schlug vor, zu diesem Zweck in Zukunft die Vorsitzenden der Landesverbände als Gäste zu den Bundesvorstandssitzungen mit einzuladen. Des weiteren solle grundsätzlich der Generalsekretär der CSU, Herr Strauß²⁷, eingeladen werden.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

26 Adenauer führte seit April 1950 regelmäßig Teegespräche mit Journalisten als „wichtiges Instrument modernen Regierens“. Vgl. ADENAUER: Teegespräche S. IX.

27 Franz Josef Strauß (geb. 1915), Mitgründer der CSU in Schongau, 1946–1949 Landrat in Schongau, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1948–1952 Generalsekretär, 1952 stv., seit 1961 Vorsitzender der CSU, 1949–1978 MdB, 1953–1962 Bundesminister (1953–1955 für besondere Aufgaben, 1955–1956 für Atomfragen, 1956–1962 für Verteidigung), 1966–1969 Bundesminister für Finanzen, seit 1978 bayerischer Ministerpräsident. Vgl. Franz Josef Strauß. Erkenntnisse, Standpunkte, Ausblicke. Festschrift zum 70. Geburtstag. (Hrsg. von Karl CARSTENS/Alfons GOPPEL/Golo MANN). München 1985.

Zimmer schlug vor, sobald sich Gefahrenpunkte zeigten, die entsprechenden Herren zusammenzurufen, um vorher eine einheitliche Stellungnahme sicherzustellen.

Adenauer schlug vor, Herrn Minister *Zimmer* mit der Koordinierung der CDU-Länderregierungen im Bundesrat zu beauftragen.

Zimmer warnt vor dieser Regelung, weil damit das Selbstgefühl von Nordrhein-Westfalen verletzt würde. Einer solchen Regelung stehe Minister *Spiecker*²⁸ entgegen. Er schlage vor, die Landesvorsitzenden der Länder, in denen die CDU die Regierung trägt, mit der gemeinsamen Willensbildung zu beauftragen.

Bach schlug vor, ein Gremium mit dieser Aufgabe zu beauftragen, in dem Ministerpräsident *Arnold* Vorsitzender, Dr. *Ehard* stellvertretender Vorsitzender und Minister *Zimmer* Geschäftsführer sei. Im übrigen müsse man versuchen, *Spiecker* im Auswärtigen Dienst unterzubringen.

Adenauer faßte das bisher Gesagte kurz zusammen und schlug als Beschluß vor, an die Ministerpräsidenten der Länder, in denen die CDU die Regierung trage, im Auftrag des Vorstandes ein Schreiben zu richten, daß der Bundesvorstand mit erster Sorge feststellen müsse, daß in wichtigen politischen Fragen die allgemein politischen Interessen vor den Landesinteressen in den Hintergrund träten. Des weiteren sollen die Ministerpräsidenten gebeten werden, Vorschläge für die bessere Koordinierung der Stellungnahme der Länder beim Bundesrat zu machen.

Zimmer machte darauf aufmerksam, daß manches schon über die Ausschüsse koordiniert werden könne. Auch hier müßte die CSU stärker beteiligt werden.

Adenauer wies darauf hin, daß die Zustände in Bayern allmählich so seien, daß Bayern zum Gespött ganz Deutschlands geworden sei. Er schlug zur Beschlußfassung vor, daß ein Schreiben an den Vorsitzenden der CSU, Ministerpräsident Dr. *Ehard*, gerichtet werde mit dem Vorschlag, in wichtigen Fragen eine gemeinsame Arbeitsbasis zu suchen.²⁹

Beide vom Kanzler vorgeschlagenen Beschlüsse wurden einstimmig angenommen.

Kather schlug zur Beschlußfassung vor, den Ministerpräsidenten der beiden Länder einen Brief des Inhalts zu schreiben, daß die Partei großen Wert darauf lege, daß der politische Erfolg, den die CDU/CSU bei der Verabschiedung des Lasten-

28 Dr. Carl *Spiecker* (1888–1953), 1922–1923 Verlagsdirektor der „Germania“, 1923–1925 Ministerialdirektor und Pressechef der Reichsregierung, 1930–1931 Sonderbeauftragter des Reichsinnenministeriums für die Bekämpfung des Nationalsozialismus, 1946 Mitgründer der Deutschen Zentrumspartei (1948 Vorsitzender), 1947 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949 CDU, 1949–1953 Staatsminister ohne Geschäftsbereich.

29 Zu den Auseinandersetzungen in Bayern zwischen BP und CSU vgl. UNGER S. 154–179, hier insbes. S. 176ff. – Dr. Hans *Ehard* (1887–1980), 1933–1945 Senatspräsident am Oberlandesgericht München, 1945 Staatssekretär im Justizministerium, 1946–1966 MdL Bayern (CSU), 1946–1954 und 1960–1962 Ministerpräsident.

ausgleichsgesetzes im Bundestag errungen hat, nicht durch die Haltung der CDU-Länder im Bundesrat zunichte gemacht werde.

Auch dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen.

Kather schlug weiterhin vor, zu dem Gespräch, das zwischen ihm und Herrn Spiecker geplant sei, Herrn Krone und Herrn Kiesinger zuzuziehen.

TAGESORDNUNG DES BUNDESPARTEIAUSSCHUSSES AM 14. JUNI 1952

Bericht des Kanzlers genau wie in der Vorstandssitzung.

Von Brentano hielt es für notwendig, daß nach dem Referat des Herrn Bundeskanzlers ausgiebig Gelegenheit gegeben werde zu einer echten Aussprache.

Zu den Resolutionsentwürfen bemerkte *Adenauer*, daß der Gedanke des Friedens stärker hervorgehoben werden müsse.

Kaiser meinte, die Entwürfe müßten ernster formuliert und der Hinweis auf die Einheit stärker hervorgehoben werden.

Adenauer schlug vor, den Pfeleiderer-Plan³⁰ in der Diskussion zerpfücken zu lassen.

Kaiser wandte sich gegen die Art und Weise, wie Dr. Gerstenmaier³¹ sich mit dem Pfeleiderer-Plan auseinandergesetzt habe. Man müsse Pfeleiderer doch wenigstens zugestehen, daß er über das Problem nachgedacht habe.

Adenauer wies darauf hin, daß solche Vorschläge uns im Ausland diskreditierten.

Von Brentano meinte, der Pfeleiderer-Vorschlag sei die Ausgeburt eines Wahnsinnigen. Der Artikel in der „Welt“ habe sich ausgezeichnet mit diesem Hirnspinnt auseinandergesetzt³².

Simpfendorfer wies darauf hin, daß es sich um keine originale Leistung von

30 In einem Vortrag am 6. Juni 1952 in Waiblingen hatte Pfeleiderer den Vorschlag gemacht, zwischen Rhein und Oder ein besatzungsfreies Gebiet zu schaffen, dort eine deutsche Nationalarmee aufzustellen und im Westen und Osten Brückenköpfe unter Besatzung zu belassen (vgl. AdG 1952 S. 3533; Text des Vortrags „Für oder wider die Verträge?“ in K. G. PFLEIDERER: Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948–1956. Stuttgart 1961 S. 83–99, Text des sog. Pfeleiderer-Plans S. 100–123; vgl. SCHLARP; SCHWARZ 1 S. 159). – Dr. Karl Georg Pfeleiderer (1899–1957), 1922–1941 im diplomatisch-konsularischen Dienst in Mailand, Peking, Moskau, Leningrad, Kattowitz und Paris, 1948 Landrat in Waiblingen, 1949–1955 MdB (FDP), 1955–1957 Botschafter in Belgrad.

31 D. Dr. Eugen Gerstenmaier (geb. 1906), Oberkonsistorialrat; 1938–1944 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche, 1945 Mitgründer und bis 1951 Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1949–1969 MdB (CDU), 1954–1969 Bundestagspräsident (Lebensbericht: Streit und Friede hat seine Zeit). Vgl. Friedrich Karl FROMME in PORTRÄTS 1 S. 155–167.

32 Vgl. vom 9. Juni („Kuckuckskonstruktion“) sowie vom 10. Juni 1952 („Der Plan des Dr. Pfeleiderer“).

Herrn Pfeiderer handele. Pfeiderer habe lediglich das Gerede einer Frau Horn³³ nachgeschwätzt. Den Plan selbst halte er für idiotisch.

Tillmanns sprach sich dafür aus, daß der Plan sachlich diskutiert werde. Man müsse jede mahrende Stimme ernst nehmen.

BERICHT DES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS³⁴ ÜBER DIE ARBEIT DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Heck: Personell seien durch Herrn Lubbers und finanziell durch Herrn Bach gute Voraussetzungen geschaffen worden. Nach § 10 des Parteistatuts (21. Oktober 1950) werde bestimmt, daß vom Vorstand eine Geschäftsanweisung für die Bundesgeschäftsstelle erlassen werden soll. Da die Geschäftsanweisung noch nicht vorgelegen habe, sei die mündliche Weisung des geschäftsführenden Vorstandes dahingehend präzisiert worden: 1. Der organisatorische Aufbau der Partei im Hinblick auf die Bundestagswahl 1953, 2. Aufklärungs- und Propagandaarbeit und 3. Schulungsarbeit. Ziel der organisatorischen Arbeit sei, für jeden Bundestagswahlkreis einen hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer zu bestellen, damit der organisatorische Unterbau für die propagandistische und aufklärende Arbeit der Bundesgeschäftsstelle gegeben sei. Man müsse von der Wählerpartei zur Mitgliederpartei kommen. Die Bundesgeschäftsstelle sei dabei, stärker in den Raum der Jugend vorzustoßen, um die christlichen Jugendverbände für ihre politische Verantwortung vorzubereiten. Es soll versucht werden, in den Städten politische Arbeitsgemeinschaften christlicher Jugend zu gründen. Des weiteren sei die KPV³⁵ dabei, im ganzen Bundesgebiet ihre Organisation auszubauen. Für die Bundestagswahl unmittelbar sei eine Wahlkartei mit soziologischer und politischer Analyse vorbereitet, der außerdem noch eine genaue Anweisung für Kreisgeschäftsführer, für ihre Arbeit nach der Wahl, während der Wahl und unmittelbar vor den Wahlen beigegeben werde.

Der publizistische Stand der Bundesgeschäftsstelle sei z.Z. folgender: Der „DUD“ versorge in ausgezeichneter Weise etwas über 200 Zeitungen unmittelbar mit Nachrichten. Die „UiD“ stelle eine gute sachliche Orientierung dar, wenn ihr auch da und dort der Vorwurf gemacht werde, daß sie zu wenig attraktiv gestaltet sei. Wichtig erscheine, daß die Wochenzeitungen, die in einzelnen Landesverbänden schon beständen, weiter ausgebaut würden. Im süddeutschen Raum existierten die „Badische-“, die „Schwäbische-“ und die „Hessische Rundschau“, die ohne weiteres durch eine „Rheinisch-Pfälzische Rundschau“ erweitert werden könne. Im norddeutschen Raum lägen die Dinge etwas schwieriger, da hier lediglich in Niedersachsen die „Niederdeutschen Stimmen“ existierten, die ein gemeinsames Organ der

33 Nicht zu ermitteln.

34 Vgl. Nr. 11 Anm. 8.

35 Gründungsversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) am 21./22. Januar 1948 in Wiesbaden.

CDU und DP seien. Inwieweit hier eine Trennung möglich sei und die Voraussetzung für einen Ausbau für Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein gegeben sei, ließe sich noch nicht absehen. In Nordrhein und Westfalen müsse es wohl bei der bisher üblichen Regelung mit einer Monatszeitung verbleiben, da damit die Finanzierung der Landesverbände zusammenhänge. Der geschäftsführende Vorstand habe den Plan gefaßt, den Wochenzeitungen von der Redaktion der „UiD“ aus einen Zwei-Seiten-Materndienst über Bundespolitik zur Verfügung zu stellen.

Des weiteren sei die Bundesgeschäftsstelle im Augenblick dabei, CDU-Journalisten und Verleger im Bundesgebiet zu erfassen und damit Voraussetzungen zu bekommen, im Abstand von etwa zwei Monaten Pressekonferenzen mit den führenden Männern der Partei abhalten zu können.

Daneben sei vorgesehen, führende Publizisten aus dem neutralen Raum in regelmäßigen Abständen zu Pressetees einzuladen.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen seien nach Verbreitungsgebieten der dort erscheinenden Zeitungen der Union-Presse gemeinsame Tagungen zwischen Redakteuren, Verlegern und der KPV in Vorbereitung.

In Stuttgart sei der Versuch gemacht worden, die Oppositionsarbeit der CDU-Fraktion publizistisch zu stärken und zu unterstützen durch ein eigenes Pressebüro. Soweit man dies bis jetzt übersehen könne, habe sich diese Einrichtung gut bewährt.

In Fortführung der Flugblattaktion seien z.Z. in Vorbereitung Flugblatt: Lastenausgleich, Deutschlandvertrag und EVG.

An Musterreden seien inzwischen verteilt worden³⁶: eine Rede allgemeiner Art (Die CDU – die Partei der Verantwortung), eine Rede über den Verteidigungsbeitrag. In Vorbereitung seien Reden über: Lastenausgleich, eine Rede für bäuerliche Bevölkerung und eine Rede für städtische Bevölkerung, eine Rede für Frauen, eine Rede über das Mitbestimmungsrecht und Betriebsverfassungsgesetz und eine Rede über den Deutschlandvertrag und den Vertrag über die EVG. Desgleichen komme in nächster Zeit der Wortlaut einer Remer³⁷-Rede mit einem Anhang, in dem These und Gegenthese einmal gegenübergestellt seien, zur Verteilung. Dasselbe sei für eine Niemöller-Rede vorgesehen.

Die Schulungsarbeit der Partei habe bisher lediglich die Kreisgeschäftsführer erfaßt. Im Abstand von zwei Monaten fände in Loope³⁸ ein Kreisgeschäftsführerlehrgang statt. Die Frucht sei bisher gewesen, daß den Kreisverbänden insgesamt ca. 60 Kreisgeschäftsführer hätten zur Verfügung gestellt werden können. In Vorbereitung sei eine Rednerschulung in den Bundestagswahlkreisen, deren Ziel sein müsse, in jedem Bundestagswahlkreis so viel Redner auszubilden, daß bis zum Bundestagswahlkampf 1953 auf jedem Dorf eine Kundgebung abgehalten werden könne. Danach müßten die geeignetsten Redner der Kreise landesverbandsweise

³⁶ Vgl. Rednerdienst der CDU 1952ff. (ACDP).

³⁷ Otto-Ernst Remer (geb. 1912), 1949 Mitgründer der SRP, Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Vgl. Ströss 2 S. 2276 Anm. 9.

³⁸ Loope (bei Wermelskirchen) im Bergischen Land (Nordrhein-Westfalen).

zusammengezogen werden, um auf diesem Wege auch genügend Redner für Städte und große Kundgebungen zu bekommen.

Für die Kommunalwahlen³⁹ in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sei vorgesehen, Studenten als Wahleinsatztrupps zur Verfügung zu stellen. Es sei beabsichtigt, die Studenten in einigen Wochenendkursen für diese Arbeit vorzubereiten.

Daneben komme den Referenten der Bundesgeschäftsstelle die organisatorische Arbeit für die Ausschüsse der Bundespartei zu. Der Bundesgeschäftsführer wies jedoch eindeutig darauf hin, daß sich diese Arbeit auf den rein organisatorischen Teil beschränken und die sachliche Arbeit von den Ausschußmitgliedern geleistet werden müsse.

KAUF EINES HAUSES FÜR DIE BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Bach berichtete über seine Verhandlungen wegen des Kaufs eines Hauses Ecke Lennéstraße/Nassestraße⁴⁰. Die Arbeitsbedingungen der Bundesgeschäftsstelle seien z. Z. derart beschränkt, daß eine volle Arbeitsleistung nicht mehr erwartet werden könne. Das in Aussicht genommene Haus biete, sobald der Süßwarenverband ausgezogen sei, mit etwa 30 Räumen genügend Platz, um die Bundesgeschäftsstelle so unterzubringen, daß ein störungsfreies Arbeiten möglich sei. Das letzte Angebot liege bei DM 260.000,-. Die Finanzierung sei sichergestellt.

Zimmer stellte die Frage, ob Vermögensträger die CDU wäre.

Bach verneinte dies, da die CDU bei ihrem derzeitigen rechtlichen Status nicht Vermögensträger werden könne. Es sei vorgesehen, daß einige Herren sich mit einem entsprechenden Betrag an dem Kauf beteiligen und für die Partei als Vermögensträger fungieren.

Strickrodt warf in diesem Zusammenhang die Frage auf, daß wir schon jahrelang dabei seien, das Finanzierungsproblem zu regeln, daß wir dabei aber immer noch nicht weitergekommen seien. Das Problem liege doch so, daß es darauf ankomme, eine Lösung zu finden, nach der Spenden steuerlich abgesetzt werden können. Sein Vorschlag ging dahin, einen einwandfreien Wirtschaftsprüfer mit der fortlaufenden Prüfung zu beauftragen.

Es wurde beschlossen, die Finanzkommission der Partei mit der endgültigen Klärung zu beauftragen. Als Wirtschaftsprüfer wurde Herr van Aubel⁴¹ vorgeschlagen; der Vorschlag blieb ohne Widerspruch.

³⁹ Kommunalwahlen am 9. November 1952.

⁴⁰ Die Bundesgeschäftsstelle der CDU befand sich seit Anfang 1951 in Bonn, Blücherstraße; ab August 1952 in der Nassestraße.

⁴¹ Dr. Peter van Aubel (1894–1964), Wirtschaftsprüfer; 1945–1951 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, 1947–1959 Vorsitzender des Vorstands der Studienstiftung des deutschen Volkes, 1949–1961 Präsidiumsmitglied des Verbandes Kommunalen Unterneh-

Da der Kanzler und Minister Kaiser inzwischen zu dem Gespräch mit dem DGB weggehen mußten, hatte Herr Simpfendörfer den Vorsitz übernommen.

Simpfendörfer erklärte, daß es ihm persönlich lieber wäre, wenn die Möglichkeit bestünde, ein solches Haus zu mieten. Da aber dafür keinerlei Möglichkeit bestünde, vertrete er die Auffassung, daß das Haus gekauft werden solle. Er stellte deswegen den Antrag von Bundesschatzmeister Bach zur Entscheidung.

Der Bundesvorstand hat daraufhin einstimmig beschlossen, daß das Haus mit einem Preis bis zu DM 260.000,- gekauft werden soll.

Dichtel kam auf die Ausführungen des Bundesgeschäftsführers zurück und meinte, daß es unumgänglich sei, daß wir eine CDU-Tageszeitung schaffen würden.

Es wurde jedoch allgemein darauf hingewiesen, daß nach allen Erfahrungen kaum eine Aussicht bestünde, eine solche Tageszeitung wirtschaftlich sicherzustellen.

Es wurde deswegen beschlossen, das Problem des Ausbaues der Pressearbeit der Partei für die nächste Sitzung des Parteivorstandes eingehend vorzubereiten.

Cillien schlug vor, im ganzen Bundesgebiet in einer Versammlungswelle die beiden Verträge eingehend zu behandeln. Zu diesem Zweck sollen sämtliche Redner der Landesverbände jeweils in ihrem Landesverband zu einer Arbeitstagung zusammengerufen werden, auf der zunächst die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes und führende Politiker der CDU die beiden Verträge ausführlich behandeln und dann den Rednern das von der Bundesgeschäftsstelle vorbereitete Rednermaterial und Diskussionsmaterial aushändigen sollen. Danach sollen in sämtlichen Städten und Dörfern Kundgebungen für den Deutschlandvertrag und den EVG-Vertrag stattfinden.

Der Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen.

ORGANISATION DER FÖRDERVEREINE

Bach berichtete über die Organisation der Fördervereine⁴². Bis spätestens 1. Oktober sollen die Landesverbände durch die Landesfördervereine unmittelbar

men, 1948–1956 Vorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft, 1953–1959 des Vorstands des Deutschen Krankenhausinstituts, 1957–1963 Mitglied des Wissenschaftsrates.

42 Fördervereine waren zentrale Partei-Finanzierungsinstitute der Wirtschaft auf Landes- und Bundesebene. Im Frühjahr 1952 gründeten Vertreter von CDU, FDP, DP und der Wirtschaft ein Zentralkuratorium der Fördergesellschaft mit Sitz in Köln zur Sicherung des wirtschaftspolitischen Kurses der Bundesregierung; die Fördergesellschaften auf Landesebene blieben daneben bestehen. Vgl. LANGE S. 473f., 598f.

finanziell unterstützt werden. Für die Zwischenzeit sei eine Übergangsregelung vorgesehen.

Es wurden Bedenken geäußert, die Finanzierung durch die Fördervereine auf Landesebene zu regeln. Hier bestehe die Gefahr, daß über das Geld versucht würde, politisch Einfluß zu nehmen. Eine zentrale Regelung sei besser.

Simpfendorfer war der Auffassung, daß diese Gefahr auch zentral gegeben sei.

Dichtel bat dringend, daß die Länder mit der Finanzierungsaktion nichts zu tun haben sollten. Er halte es für notwendig, daß auf Bundesebene eine Reserve geschaffen werde, damit die Gehälter der Geschäftsführer mindestens für ein Vierteljahr im voraus garantiert seien.

Bach unterstrich die Gefahr, die durch die Verteilung der Gelder auf Landesebene gegeben sei. Wenn die Erfahrungen in Hamburg auch zeigen würden, daß die Regelung auf Landesebene funktioniere, so gehe das lediglich darauf zurück, daß die CDU einen starken Einfluß auf den dortigen Förderverein habe⁴³.

NEI

Strickrodt übernahm die Berichterstattung über seine Eindrücke von der NEI. Es handele sich hier weitgehend um die persönliche Angelegenheit eines Ministers⁴⁴, der kein Amt mehr habe. Er schlage deswegen vor, bei der Beteiligung der Bundespartei an der NEI Zurückhaltung zu wahren.

Die Zusammensetzung der Delegierten für die NEI-Tagung in Freiburg⁴⁵ wurde zurückgestellt. Ebenso die Benennung eines ständigen Vertreters der Bundespartei bei der NEI in Paris und des Nachfolgers für den Bundestagsabgeordneten Carl Schröter⁴⁶ als Vizepräsident der NEI.

Für den Parteikongreß des Parti Social Chrétien in Belgien⁴⁷ wurde beschlossen, Herrn Dr. von Brentano als Vertreter der Bundespartei zu entsenden. Herr Kiesinger wurde beauftragt, entweder persönlich die NEI-Sondertagung in Brüssel⁴⁸ wahr-

43 Die Verteilung der Mittel durch die Hamburger Fördergesellschaft lag bei Hugo Scharnberg, dem Vorsitzenden des CDU-Landesverbands. Vgl. LANGE S. 475.

44 Gemeint ist der Generalsekretär der NEI. Robert Bichet (geb. 1903) war im Kabinett Bidault 1946 Informationsminister (Secrétaire d'Etat à l'Information). – Präsident war 1950–1959 Auguste-Edmond de Schrijver (vgl. Nr. 4 Anm. 31).

45 6. NEI-Kongreß in Fribourg (Schweiz), 12.–14. September 1952; Thema: Stärke und Schwäche der Christen in den europäischen Demokratien.

46 Carl Schröter war am 25. Februar 1952 verstorben; ins Präsidium der NEI war er insbesondere deshalb gewählt worden, um gleichzeitig die Interessen der evangelischen Teile Hollands, der Schweiz, Englands und der skandinavischen Länder wahrzunehmen. Vizepräsident der NEI wurde Dr. Georg Strickrodt (ACDP VII-004-204/2).

47 Parteikongreß des PSC 28./29. Juni 1952 in Brüssel.

48 Am 30. Juni 1952 fand in Brüssel eine NEI-Sondertagung der Präsidenten und Generalsekretäre der christlich-demokratischen Parteien statt. – Thema: Die Lage im kontinentalen Westeuropa (ACDP VII-004-205).

zunehmen oder für eine entsprechende Vertretung besorgt zu sein. Zur Klärung des Verhältnisses der Bundespartei zur NEI soll zunächst einmal das Feld sondiert werden in Brüssel, in Luxemburg und in der Schweiz.

Kiesinger wies darauf hin, daß wir uns hier nicht völlig heraushalten könnten, sondern den Versuch machen müßten, aus der NEI das zu machen, was wir wünschen. Der Vorschlag, zunächst das Feld zu sondieren, wurde dahingehend ergänzt, daß das ganze Thema einmal mit dem Gesandten Herrn Dr. Pfeiffer⁴⁹ durchgesprochen werden soll.

Zimmer hielt es für unbedingt notwendig, daß wir die Beziehungen zu den ausländischen Parteien pflegen, und zwar innerhalb und außerhalb der NEI. Für die Entsendung zur NEI-Tagung in Freiburg erklärte Minister *Zimmer*, daß er evtl. bereit wäre, die Partei dort zu vertreten.

VERHÄLTNISSE IN DEN LÄNDERN

Zimmer berichtete, daß er den 1. Vorsitzenden der Saar-CDU⁵⁰ persönlich gut kenne und sagen müsse, daß es sich hier um einen absoluten Ehrenmann handle. Auch Assessor Bergweiler⁵¹ sei ein zuverlässiger Mann. Er stellte die Forderung, daß der Bundesvorstand darauf achte, daß mit der Saar keine Hintertreppenpolitik gemacht werde. Der „Rheinische Merkur“ habe mit seiner weichen Haltung der deutschen Sache an der Saar sehr geschadet⁵² und mit dazu beigetragen, daß die Franzosen sich hartnäckig versteift hätten. Die These von der Europäisierung der Saar fördere die Stabilisierung der französischen Macht an der Saar und damit die Lostrennung von Deutschland. Die saarländische Universität sei ein französisches kulturpolitisches Institut ersten Ranges.

Tillmanns vertritt die Auffassung, daß eine offizielle Verbindung mit der Saar-CDU nicht in Frage komme. Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, an Herrn Kemper⁵³ mit der Bitte heranzutreten, persönlich und privat die Verbindung mit der Saar-CDU aufzunehmen.

49 Dr. Anton Pfeiffer (1888–1957), 1918–1933 Generalsekretär der BVP, 1928–1933 und 1946–1950 MdL Bayern, 1945 Staatssekretär, 1945–Juli 1946 und 1947–1950 Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Juli bis Dezember 1946 Staatsminister für Sonderaufgaben, 1948–1949 MdPR (Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), 1950 Generalkonsul bzw. Botschafter in Belgien.

50 Dr. Hubert Ney (1892–1984), 1926 Zentrum, 1946 Mitgründer der CVP, 1952–1957 Landesvorsitzender der CDU Saar, 1955–1960 MdL, 1956–1957 Ministerpräsident, 1957–1959 Justizminister.

51 Helmut Bergweiler (geb. 1920), 1952–1957 Sekretär der CDU Saar, seit 1951 Teilnehmer bei Gesprächen über die Gründung der CDU Saar bei Adenauer und anderen Vertretern der Bundesregierung in Bonn. Vgl. SCHMIDT 2 S. 341–345; vgl. NL Gottesleben ACDP I-359.

52 Vgl. Nr. 10 Anm. 4.

53 Heinrich Kemper (1888–1962), 1924–1933 Stadtverordneter in Trier, ab 1928 Vorsitzender des Zentrums, 1930–1933 MdPrL, Mitgründer der CDU Trier, 1946–1949 Oberbürgermeister von Trier, 1949–1957 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Grenzlandfragen).

Da inzwischen der 1. Vorsitzende der CDU Nordrhein, Herr Dr. Johnen, erschienen war, wurde noch einmal die Haltung Nordrhein-Westfalens bei der Behandlung des Lastenausgleichsgesetzes im Bundestag durchgesprochen.

Johnen führte aus, daß der Abgeordnete Kunze auf seinen Vorschlag zu der entsprechenden Kabinettsitzung des nordrhein-westfälischen Kabinetts hinzugezogen worden sei und daß Herr Kunze sich mit dem Beschluß, das Gesetz an den Vermittlungsausschuß zu überweisen, einverstanden erklärt habe. Wie er dies erfahren habe, sei er der Auffassung gewesen, daß alles in Ordnung sei.

Kather wies darauf hin, daß die Haltung von Ministerpräsident Arnold korrekt gewesen sei. Er könne sich die Stellungnahme Kunzes im nordrhein-westfälischen Kabinett nur so erklären, daß Herr Kunze, der ursprünglich erklärt habe, daß in den siebentägigen Beratungen des Bundestages an dem Gesetz nichts geändert werde, an den nun trotzdem erfolgten Änderungen nicht wesentlich interessiert gewesen sei.

Tillmanns wies darauf hin, daß die Änderungen deswegen grundsätzlich abgelehnt wurden, da zuviele Anträge vorgelegen hätten.

Bach wiederholte, daß die Hauptschwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen bei Minister Spiecker lägen. Man müsse versuchen, Herrn Spiecker abzulösen und zu ersetzen.

Johnen erklärte dazu, daß die Missionsarbeit bei Spiecker leichter sei als eine personelle Änderung. Die Ablösung Spieckers sei aus parteipolitischen Gründen nicht möglich.

Kiesinger erklärte, daß vor der Behandlung im Vermittlungsausschuß eine gegenseitige Abstimmung notwendig sei.

Kather faßte kurz zusammen, daß zwei Beschlüsse vorlägen: 1. sich sofort an die Ministerpräsidenten Arnold und Dr. Ehard zu wenden und ihnen die Bitte des Bundesvorstandes vorzutragen, bei der Behandlung des Lastenausgleichsgesetzes dahin zu wirken, daß der durch die Verabschiedung im Bundestag erzielte Erfolg nicht gefährdet werde, 2. grundsätzlich die unbedingt notwendige Koordinierung der politischen Haltung der CDU-Länder in wichtigen Fragen mit der auf der Bundesebene vertretenen Linie sicherzustellen.

Zimmer wiederholte noch einmal, daß die Arbeit der Ländervertretungen, die eigene Konferenzen abhalten, die Dinge weitgehend vorher bestimme. Die Bürokratie hätte überhaupt beim Bundesrat ein Ausmaß angenommen, wie es sich bei der Schaffung des Grundgesetzes niemand gedacht habe. Die eigenwillige Landespolitik von Nordrhein-Westfalen und Bayern gefährde häufig die einheitliche Linie. Dazu komme, daß Ehard häufig nicht da sei. Im übrigen verhindere die Klausel des Absatzes 3, Artikel 77, des öfteren eine vorherige Abstimmung der CDU-Kabinette untereinander.⁵⁴

⁵⁴ GG Art. 77 Abs. 3 behandelt das Einspruchsrecht des Bundesrates bei vom Bundestag bereits beschlossenen Gesetzen.

Johnen erklärte noch einmal, daß ihm diese Vorwürfe bekannt seien. *Arnold* und die Fraktion hätten schon öfters erklärt, daß sie die Bundespolitik unterstützten. *Spiecker* treibe zwar eine eigenwillige Politik, jedoch habe ihm *Arnold* erklärt, daß *Spiecker* immer nur die Entscheidung des Kabinetts im Bundesrat vertreten habe. Ein gegenteiliger Beweis sei ihm nicht bekannt.

Bei der Besetzung der Stelle des ersten Vorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit seien stundenlange Beratungen in der Fraktion vorausgegangen. Das Kabinett sei für Minister *Ernst*⁵⁵ eingetreten. *Arnold* habe sich mit *Ehard* in Verbindung gesetzt, habe jedoch mit *Ehard* zu keiner Einigung kommen können. Bayern habe dann *Oechsle*⁵⁶ vertreten, weil er eben Bayer sei. Bei der Probeabstimmung sei *Ernst* durchgefallen. Deswegen habe dann auch Nordrhein-Westfalen in der entscheidenden Abstimmung für *Oechsle* gestimmt.

ORT DES NÄCHSTEN PARTEITAGS

Es wurde festgestellt, daß, wenn der Bundesparteitag in Hamburg stattfinden solle, unbedingt sofort die Entscheidung darüber fallen müsse, da in Hamburg lediglich das Curiohaus für die Durchführung des Parteitages geeignet sei. Als Zeitpunkt käme dann der 13., 14. und 15. September in Frage. Darüber hinaus sei das Curiohaus auf lange Zeit belegt.

Tillmanns votierte für Berlin. Die CDU wäre damit die einzige Partei, die den Mut aufbrächte, ihren Parteitag in Berlin abzuhalten. Die Voraussetzungen seien dafür gegeben. Lediglich zwei Bedenken könnten kommen: 1. höhere Kosten, 2. eine etwas geringere zahlenmäßige Beteiligung an Delegierten und Gästen. Berlin sei auch wichtig für die Sowjetzone. Ein Parteitag in Berlin würde weit in die Sowjetzone hineinsprechen.

Bach hält es für zweckmäßig, den Bundesparteitag auf das Frühjahr 1953 hinauszuschieben. Damit sei ein ausgezeichneter Auftakt für den Wahlkampf gegeben.

55 Johannes Ernst (1888–1969), 1907–1933 Mitglied des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1912–1933 Zentrum, 1920–1921 Stadtverordneter in Waldenburg und Mitglied des Provinziallandtags in Niederschlesien, 1928–1933 Stadtverordneter in Herzogenrath und Mitglied des Provinziallandtags Rheinland, 1932–1933 MdR, Mitgründer der CDU, 1945 Mitgründer der IG-Bergbau und bis 1946 Bezirksleiter für Aachen, 1946–1955 Landrat in Aachen, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1950–1953 Minister für Arbeit, 1958–1960 für Arbeit und Soziales, 1959–1960 für Bundesratsangelegenheiten.

56 Richard Oechsle (geb. 1898), seit 1920 SPD, 1945 Berufung in das bayerische Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge (1950–1954 Staatsminister), zeitweise Vorsitzender des Instituts für Sozialpolitik und Arbeitsrecht in München, 1954–1970 MdL Bayern (Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr). – Vorsitzender der Bundesanstalt wurde am 1. Mai 1952 Julius Scheuble (1890–1964), bis 1933 christlicher Gewerkschafter, 1930–1933 Präsident des Landesarbeitsamts Rheinland, 1946 Präsident des Zentralamts für Arbeit in der britischen Zone, 1948–1949 stv. Direktor der Verwaltung für Arbeit des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1950–1952 Ministerialdirektor im Bundesarbeitsministerium (vgl. WENGST: Staatsaufbau S. 164f.).

Dichtel spricht sich für Berlin aus, hält jedoch April-Termin für zu früh als Auftakt für den Wahlkampf.

Zimmer spricht sich für Berlin aus und hält den geeignetsten Zeitpunkt unmittelbar nach der Ratifizierung der Verträge für gegeben. Im Sommer könnten dann im Bundesgebiet mehrere große Eröffnungskundgebungen für den Wahlkampf stattfinden.

Es wurde beschlossen: 1. den Parteitag nicht hinauszuschieben und 2. den diesjährigen Parteitag in Berlin abzuhalten. Die Terminfrage wurde offengelassen und dem Beschluß die einschränkende Klausel angefügt, daß der Kanzler und Minister Kaiser sich damit einverstanden erklären müßten.

Wuermeling wies noch darauf hin, daß ein Parteitag in Berlin, der als Auftakt des Wahlkampfes zu gelten habe, nicht mit einem scharfen Akzent gegen die SPD versehen werden könne, was aber unbedingt notwendig sei.

Punkt 9 der Tagesordnung: Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, die Entscheidung nach Maßgabe des Bedürfnisses zu fällen.⁵⁷

Die Sitzung wurde um 20.30 Uhr geschlossen.

13

Bonn, 5. September 1952

Sprecher: Adenauer, Bach, von Brentano, Cillien, Fay, Frau Gröwel, Gurk, Heck, Hofmeister, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Lensing, Lenz, Müller, Pferdmeiges, Samsche, Schreiber, Simpfendörfer, Strickrodt, Wuermeling, Zimmer.

Bericht Adenauers zur Lage: Aufgaben des zweiten Bundestages, parteipolitische Verhältnisse in EVG-Ländern und in der Bundesrepublik, Bundestagswahl 1953; Einschätzung der außenpolitischen Lage: EVG-Vertrag, Ost-West-Beziehungen, generelle wirtschaftliche Lage. Aussprache: Wiedervereinigungspolitik; Stimmung bei den Vertriebenenverbänden, Beziehungen zum BHE. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse der letzten Vorstandssitzung vom 13. Juni 1952; Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1953; Bundesparteitage 1952 und 1953; CDU-Presse im norddeutschen Raum; CDU/CSU-Jahrbuch; Finanzlage der Partei; organisatorischer Ausbau der Partei; Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 20.15 Uhr

Adenauer eröffnete die Sitzung um 10.30 Uhr und bat um das Einverständnis, daß das Mittagessen im Hause eingenommen werde, damit möglichst wenig Zeit verlorengelange.

⁵⁷ Vorgesehen war die Bildung von Ausschüssen (für Flieger- und Währungsgeschädigte und Evakuierte sowie für politisch, rassisch und religiös Verfolgte).